

10 Jahre Hartz-Bericht

München, 14. August 2012

Vor 10 Jahren am 16.08.2002 stellte die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ ihren Bericht vor.

Bekannt geworden ist die Kommission unter dem Namen „Hartz Kommission“ nach ihrem Vorsitzenden Peter Hartz. Im Mittelpunkt des Berichts stand die Neuorganisation des Arbeitsamts, allerdings hatte der Bericht auch direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die DGB Kreisvorsitzende Simone Burger zieht heute, 10 Jahre später, Bilanz:

Mit „Fördern und Fordern“ sollten Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Hartz Kommission ging in ihrem ganzen Denken davon aus, dass Arbeitslosigkeit ein individuelles Problem ist und kein Gesellschaftliches. Dass mit genügend Druck und Förderung jede und jeder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat. Schauen wir 10 Jahre später auf den Münchner Arbeitsmarkt dann zeigt sich, dass die Langzeitarbeitslosigkeit immer noch besteht. In München sind über 10.000 Menschen¹ langzeitarbeitslos. Dieser Denkfehler gegenüber Arbeitslosigkeit macht sich insbesondere bei der Höhe von ALG II bemerkbar. ALG II sollte nur eine Übergangslösung für Menschen sein. Schon kurzfristig ist der ALG II Satz mehr als knapp bemessen und ermöglicht keine wirkliche Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, langfristig führt er allerdings zur Verarmung. Als DGB setzen wir uns für eine Neuberechnung von ALG II ein. Gleichzeitig muss 10 Jahre später die komplette Neuordnung in ALG I und ALG II kritisch evaluiert und Fehler korrigiert werden.

Außerdem haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zuge der Reformen die dem Bericht folgten einen hohen Preis bezahlt. Das „Fordern“ beschränkte sich nicht nur auf Sanktionen, sondern auch die berechtigten Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden in Frage gestellt. Besonders deutlich wurde dies bei der Frage der Zumutbarkeit. Das Recht nach seiner Qualifikation vermittelt zu werden existiert nicht mehr. Dies hat die Angst und die Unsicherheit in der Gesellschaft weiter verstärkt. Wir brauchen allerdings mehr Sicherheit, weshalb die Zumutbarkeit neu geregelt werden muss.

Herausgeber

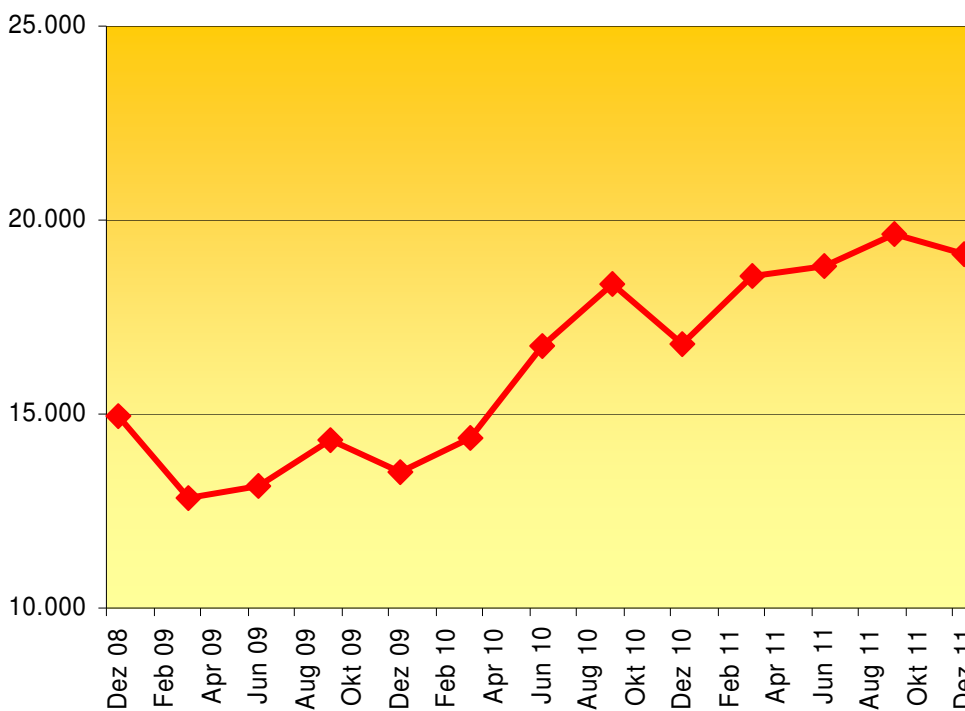
Deutscher Gewerkschaftsbund
Region München
Schwanthalerstraße 64
80336 München

Ihre Ansprechpartnerin

Simone Burger
fon 089 / 51700-102
mobil 0171 / 5435203
fax 089 / 51700-111
email Simone.Burger@DGB.de

¹ Agentur für Arbeit: in der LH München waren im Juli 2012 10.673 langzeitarbeitslos von 37.063 Arbeitslosen.

Oftmals vergessen wird, dass es die Hatz Kommission war, welche die Lockerung der Regeln für die Leiharbeit gefordert hat. Die Leiharbeit galt 2002 als die neue Wunderwaffe im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Sogar die Agentur für Arbeit sollte eigene Personalserviceagenturen PSA aufbauen. 10 Jahre später ist von dieser Euphorie wenig übrig geblieben. Durch die Aufhebung von Schutzrechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnte tatsächlich die Zahl der Jobs in der Leiharbeit erheblich gesteigert werden. Inzwischen arbeiten in München mehr Menschen im Bereich „Überlassung von Arbeitnehmern“ als im Baugewerbe.² Und der Trend hält an.



Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich Überlassung von Arbeitnehmern in der LH München im Zeitverlauf

Allerdings spricht niemand mehr vom Klebeffekt und welche Chancen sich für Arbeitslose bieten. Vielmehr wird gesehen wie über Leiharbeit Belegschaften gespalten und Löhne gesenkt werden. Im Bereich der Leiharbeit brauchen wir dringend eine Kehrtwende. Wir brauchen die Schutzrechte zurück und equal pay.

² Dezember 2011 (Agentur für Arbeit), Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte Überlassung 19.122 und Baugewerbe 17.073